

II-3266 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1680 1J

A N F R A G E

1988 -02- 2 5

der Abgeordneten Dr. Khol
und Kollegen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Äußerungen von Diplomaten im Widerspruch zur
Regierungspolitik betreffend Österreich und die
Europäische Gemeinschaft

In der Regierungserklärung des Kabinetts Vranitzky-Mock wurde festgehalten, daß die Annäherung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft ein vorrangiges Ziel der österreichischen Regierungspolitik, nicht nur der Außenpolitik sei.

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky hat mehrfach einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft im absehbaren Zeit-
horizont diskutiert und in Aussicht gestellt.

In einem Ministerratsvortrag vom Dezember 1987 hat Vizekanzler, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock, die österreichische Europapolitik klargelegt, dabei die maximale Annäherung an die Europäische Gemeinschaft, insbesondere die gesamthafte Übernahme der Regelungen betreffend den Europäischen Binnenmarkt, als vorrangiges Ziel der Regierungspolitik umrissen und schließlich die Option eines späteren Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft angesprochen. Dieser Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten wurde von der Regierung zur Kenntnis genommen und ist damit die offizielle Richtlinie österreichischer Regierungspolitik.

Am 9.2.1988 berichtet nun die quasi offizielle sowjetische Zeitschrift Iswestija über die österreichische Diskussion be-

treffend Österreich und die Europäischen Gemeinschaften. Ohne in der Sache selbst Stellung zu nehmen, damit einer Tradition der Nichteinmischung in Österreichs innere Angelegenheiten folgend und wie dies der hervorragenden Qualität der österreichischen-sowjetischen Beziehungen entspricht, referiert die Iswestija Äußerungen österreichischer Diplomaten. So wird Gesandter Dr. Thomas Novotny zitiert, der erklärt habe, daß die Mehrheit der Völkerrechtsexperten die immerwährende Neutralität mit einer Mitgliedschaft in politischen Organisationen, wie etwa der Europäischen Gemeinschaft, für unvereinbar erachten. Die weitsichtigeren Vertreter der österreichischen Koalitionsregierung würden deshalb vor übereilten Schritten, die verheerende Auswirkungen für ganze Zweige der österreichischen Wirtschaft, insbesondere für die Verstaatlichte Industrie, hätten, warnen. Sogar die ihre Sympathie für die EG-Beitrittspläne des Großkapitals nicht verhehlende Zeitung "Die Presse" habe darauf hingewiesen, daß Österreich als hochentwickeltes Land zu einem EG-Nettobeitragszahler werden würde und daß die Arbeitslosigkeit in Österreich durch einen EG-Beitritt eher zunähme. Des weiteren wird der österreichische Botschafter Dr. Georg Reisch zitiert, der die Meinung geäußert habe, daß die EFTA-Staaten durch enge Zusammenarbeit, koordiniertes Vorgehen und gemeinsame Verteidigung ihrer Interessen mehr erreichen könnten als durch einen EG-Beitritt.

Die Berichterstattung in der Iswestija ist weiter nicht von besonderem Interesse, da in der Sowjetunion in verschiedenen Publikationen die Frage des Verhältnisses Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft wissenschaftlich diskutiert wird und dabei Sachkunde und Objektivität an den Tag gelegt wird. Erstaunlich ist allerdings, daß hochrangige österreichische Diplomaten Erklärungen abzugeben scheinen (falls die Berichte der Iswestija stimmen), die in eklatantem Widerspruch zur österreichischen Regierungspolitik stehen.

- 3 -

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist die österreichische Bundesregierung nach wie vor der Meinung, daß es vorrangiges Ziel der österreichischen Politik sei, das Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft so intensiv wie nur möglich zu gestalten, die Regeln des Europäischen Binnenmarktes gesamthaft zu übernehmen und auch die Option eines späteren Beitrittes offen zu halten?
- 2) Ist dem österreichischen Außenminister die Berichterstattung der Iswestija vom 9.2.1988 bekannt?
- 3) Bei welcher Gelegenheit hat Botschafter Dr. Georg Reisch die in der Iswestija zitierte Bemerkung gemacht?
- 4) Bei welcher Gelegenheit hat Gesandter Dr. Thomas Novotny (nicht zu verwechseln mit Gesandter Dr. Eva Novotny im Kabinett des Herrn Bundeskanzler) besagte und zitierte Meinungsäußerung gemacht?
- 5) Ist Herrn Botschafter Dr. Reisch der Ministerratsvortrag betreffend die österreichische Regierungspolitik im Zusammenhang mit dem Verhältnis Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft nachweislich zur Kenntnis gebracht worden?
- 6) Ist Herrn Gesandten Dr. Thomas Novotny besagter Regierungsbeschuß betreffend die Politik Österreichs im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft nachweislich zur Kenntnis gebracht worden?

- 7) Haben Sie Botschafter Dr. Reisch befragt, ob die in der Iswestija berichtete Meinungsäußerung zutrifft?
- 8) Wenn ja: Wie hat Botschafter Dr. Reisch seine von der Regierungspolitik abweichende Stellungnahme begründet?
- 9) Wie hat Gesandter Dr. Thomas Novotny seine von der österreichischen Regierungspolitik abweichende Stellungnahme begründet?
- 10) Mit welchen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, daß in Zukunft weisungsgebundene österreichische Beamte in ihrer Meinungsäußerung, die nicht von ihrer Dienststellung getrennt werden kann, nicht Erklärungen abgeben, die in offenem Widerspruch zur Regierungspolitik stehen?
- 11) Welche Regelungen existieren für politische Äußerungen weisungsgebundener Beamter?
- 12) Wer ist dazu berufen, die Einhaltung dieser Regelung zu überwachen?
- 13) Halten Sie es für zweckmäßig, daß Beamte Äußerungen tun, die der österreichischen Regierungspolitik offensichtlich widersprechen?